

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten Sie bei Bestellungen der Gewerke- und Zeitungs-Verträge 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei
Erhalten Sie bei Bestellungen der Gewerke- und Zeitungs-Verträge 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei
Erhalten Sie bei Bestellungen der Gewerke- und Zeitungs-Verträge 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei



Erhalten Sie bei Bestellungen der Gewerke- und Zeitungs-Verträge 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei
Erhalten Sie bei Bestellungen der Gewerke- und Zeitungs-Verträge 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei
Erhalten Sie bei Bestellungen der Gewerke- und Zeitungs-Verträge 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Druckere: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 26

Dienstag den 31. Januar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Ablieferung der für die Zeit v. 1. April b. zum 31. Dez. 1921 verwendeten Steuerkarten (m. gelb. Umschlag) u. Markenblätter.

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, innerhalb des Monats Januar 1922 seine Steuerkarte beziehentlich die losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkommen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, der Steuerbehörde (Stadt- oder Kreissteuerannahme) zu übergeben oder zu übersenden, wo er am 20. Oktober 1921 gewohnt hat.

Anstelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Steuerkarten und Markenblätter übernehmen. Hierbei ist jedoch ein Verzeichnis der infrage kommenden

Arbeitnehmer unter Angabe der Wohnung nach dem Stande vom 20. Oktober 1921 beizufügen.

Auf die Verpflichtung zur Einlieferung der Steuerkarten hat der Arbeitgeber durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen hinzuweisen.

Arbeitnehmer, die ihre Steuermarken nicht abliefern, setzen sich der Anwendung der im § 202 der Abgabenordnung vorgesehenen Zwangsmittel aus und laufen Gefahr, verurteilt zu werden und die Steuer für 1921 noch einmal entrichten zu müssen.

Ueber den Nennbetrag der eingelieferten Steuermarken wird von der Behörde eine Quittung erteilt.

Roffen, am 28. Januar 1922.

1977

Das Finanzamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die von der Reparationskommission verlangte deutsche Rote über unsere Zahlungsfähigkeit ist am Sonnabend mittig in Berlin den Vertretern der Kommission übergeben worden.

Die Reichsregierung hat die ausländischen Banken zur Zahlung der fälligen Rote der Reparationsverpflichtungen im Betrage von 21 Millionen Mark an die Entente angewiesen.

Die Demokratische Fraktion des Reichstages hat sich der Regierungskoalition wieder formell angeschlossen.

Der Reichs-Landtag findet in diesem Jahre am 18. Februar zum erstenmal nicht in Berlin, sondern in Hannover in der Stadthalle statt.

Ein Auswärtiges Amt des französischen Botschafters Zuffenrand ist vom Präfekten Harding nochmal zurückgewiesen worden.

Der Dollar notierte an der Berliner Sonnabendbörse mit 200,04 Mark.

Oberschlesiens Schicksalweg.

Bis zum 15. Januar war den deutschen und den polnischen Unterhändlern über Oberschlesien vom Völkerbundrat aufgegeben worden, die Vorarbeiten über das beiden Teilen angedachte Wirtschaftsabkommen zum Abschluss zu bringen, um danach den gleichfalls vorgesehenen Schiedsrichter seine Arbeit tun zu lassen. Ganz genau konnte diese gegebene Frist nicht eingehalten werden, obwohl auf beiden Seiten mit großem Fleiß und, wie wenigstens von allen Beteiligten versichert wird, ohne jede Absicht der Verschleppung gearbeitet wurde. Aber Herr Calonder hat sich durch seine zu Anfang des neuen Jahres vorgenommene Informationsreise an Ort und Stelle wohl davon überzeugt, daß die Dinge in Oberschlesien viel zu verwickelter Natur sind, um sie auf einen Nachspruch von außen hin glattweg über die Räder zu können. Und so scheint er schlußweisend die notwendig gewordenen Verlängerung der Frist zugestanden zu haben — wie ja auch der Oberste Rat sonst schon mancherlei Fristen verlängern mußte, die er in oft bewährter Kurzsichtigkeit selbstherrlich diktiert hatte. Jedenfalls sind die Verhandlungen an Ort und Stelle jetzt erst, gegen Ende des Monats Januar, abgebrochen worden, und die deutschen Bevollmächtigten Schiffer und Lewald haben beim Verlassen ihres Arbeitsgebietes einen Überblick über die Verhandlungen gegeben, der eine gute Orientierung ermöglicht.

Danach ist man mit Polen in vielen Beziehungen zu einer Verständigung gelangt. Herr Schiffer erkennt auch an, daß die Polen den Vorwurf, unethisch oder illegal gearbeitet zu haben, nicht verdienen. So sei man in vielen Punkten allerdings zu einer Einigung gekommen, aber bei dem engen Zusammenhang des ganzen Fragenkomplexes kommt es schließlich auf das Gesamtergebn an, und hier lassen sich noch gerade in den wichtigsten Fragen sehr erhebliche Lücken. Eine Regelung wurde erzielt in bezug auf die Eisenbahn, Wasser, Post, Kohlen, Sozialversicherung und Grenzverkehr. In der Währungsfrage, die ursprünglich große Schwierigkeiten bot, verständigte man sich auf ein Kompromiß, wonach es zwar bei der in Genf festgesetzten Geltung der Reichsmark als des einzigen gesetzlichen Zahlungsmittels für die nächsten fünfzehn Jahre zu verbleiben hat, aber unter Zurücklassung einer einjährigen Kündigungsfrist an Polen. Doch hat man für diesen Fall Sicherheiten dafür geschaffen, daß alle Gläubiger aus Forderungen, die vor dem Währungswechsel entstanden sind, in deutscher Währung oder allenfalls in polnischer, jedoch unter Zugrundelegung des jeweiligen Tagesfußes der Mark berechneter Währung befriedigt werden sollen.

Nicht überbrückt werden konnten die Gegenstände auf dem Gebiete der Liquidationen, des Nationalitätenprinzips und des Optionsrechtes. Dr. Schiffer rechnet damit, daß hier der Schiedsrichter zu entscheiden haben werde, obwohl die Bemühungen, ihn noch durch eine Einigung mit Polen zu vorzuziehen, fortgesetzt werden. Als unüberwindliche Grenzen unseres Nachgebens bezeichnete er die materiellen und idealen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Ehe er diese verläßt, würde er es vorziehen, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Die Arbeit der II. Kommission, die in Genf tat und mit der Reaktion des Minoritätenrates

beauftragt ist, scheint noch von einer Lösung sehr weit entfernt zu sein. Diese Frage verläßt, wie Dr. Schiffer mit Recht hervorhob, die Nerven des deutschen Volkes am empfindlichsten, zumal man ja himmelhoch erfährt hat, wie leichtfertig die Polen sich selbst über Verpflichtungen, die unter den ausdrücklichen Schutz des Völkerrechts gestellt sind, hinwegsetzen vermögen.

Also bleibt noch eine Fülle von Aufgaben zu lösen. Dr. Schiffer hofft, daß bis Ende Februar alle Arbeiten zum Abschluß gebracht werden können. Dann würde man für den Monat März, nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Berlin und Warschau, mit der Übergabe des uns geraubten Teils von Oberschlesien an den weißen Adler zu rechnen haben. Mit Worten des Dankes für die ihm in Oberschlesien gewährte Unterstützung, mit Worten der Verbündung und des Friedens, der hoffentlich die gemeinschaftlichen Arbeiten krönen werde, verabschiedete sich Dr. Schiffer von den deutschen Kreisen des Landes, die auch ihrerseits ihrer unwandelbaren Treue zum alten Vaterlande Ausdruck gaben. Man muß leider nur befürchten, daß die grausame Wirklichkeit, wenn erst das letzte Verhandlungswort über Oberschlesien gesprochen ist, ganz anders aussehen wird. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Polen vermag man nicht daran zu glauben, daß sie auch nur den Willen, geschweige denn die Fähigkeit haben werden, mit den ihnen überantworteten Deutschen in Frieden zu leben; vermag man noch weniger daran zu glauben, daß sie den jetzt bei Deutschland verbleibenden Teil von Oberschlesien endgültig in Ruhe lassen werden.

An die Reparationskommission.

Die Rote über die deutschen Leistungen.

Die von der Reparationskommission in Cannes von uns geforderte Erklärung über die deutsche Leistungsfähigkeit ist mit genauer Innehaltung der gestellten vierzehntägigen Frist am Sonnabend mittig in Berlin dem Vertreter der Reparationskommission übergeben worden. Aus ihrem Inhalt verlaute vor ihrer amtlichen Veröffentlichung, daß sie keine Vorschläge über die Summen und Sachleistungen enthält, die Deutschland von sich aus zusagen könnte, sondern daß sie sich vielmehr unter Befugung eingehender Denkschriften und in Anlehnung an die große Rede Dr. Rathenaus in Cannes darauf beschränkt, unserer Wirtschaftslage und unsere Leistungsfähigkeit im allgemeinen darzulegen und es der Entente überläßt, daraus ihre Folgerungen zu ziehen.

Zu den bekanntesten Forderungen der Gegenseite, die sich bekanntlich auf eine Barleistung von 720 Millionen Goldmark im Jahre, abgesehen von den Sachleistungen, belaufen, erklärt die deutsche Regierung, daß sie unsere Leistungsfähigkeit weit übersteige und daß deshalb eine Herabsetzung nötig sei. Soweit deutsche Vorschläge überhaupt in Frage kommen können, würde höchstens davon die Rede sein, daß die Regierung statt Barzahlungen Sachleistungen für das Jahr 1922 wünscht. Sollte die Gegenseite nicht bereit sein, auf diesen Vorschlag einzugehen, macht die Reichsregierung den Ewentualvorschlag, für das Jahr 1922 500 Millionen Goldmark in bar zu bezahlen. Über diese letzteren Mittelsummen bleibt jedoch die amtliche Behauptung abzuwarten.

Und die große Koalition...

Die Demokraten wieder Regierungspartei.

Die Annahme des Steuerkompromisses durch die fünf Parteien der Mitte bedeutet noch nicht den endgültigen Zusammenschluß der sogenannten großen Regierungskoalition. Vielmehr werden sowohl von sozialdemokratischer als auch von volksparteilicher Seite Bedenken geltend gemacht, vor der Beschlußfassung über sämtliche Steuererlasse und vor der Regelung der Reparationsfrage den Eintritt der Volkspartei in die Regierung zu vollziehen, weil durch die beiden Fragen noch mancherlei Differenzen entstehen können, die man erst erledigen möchte. Die Koalitionsfrage ist aber jedenfalls wieder stark in Fluß gekommen und wird nach allgemeiner Ansicht parlamentarischer Kreise nun wohl bald zu einer positiven Lösung gebracht werden.

Inzwischen haben sich die Demokraten, die bisher der Regierung unterstützend zur Seite standen, ohne

ihre formell anzugehören, der Koalition wieder angeschlossen. Der Führer der demokratischen Fraktion, Dr. Petersen, wandte sich an den Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses, den Abgeordneten Spahn, um ihn zu ersuchen, nunmehr auch die Demokraten zu den laufenden interfraktionellen Besprechungen hinzuzuziehen. Das bedeutet den Wiedereintritt der Demokratischen Partei in die Koalition, die bislang lediglich aus Zentrum und Sozialdemokraten bestand.

In Zusammenhänge mit diesen Fragen rechnet man auch auf die Neubestellung einiger Ministerposten. Für das Außenministerium scheint der Kanzler Dr. Rathenau in Aussicht genommen zu haben, wofür der Streit der Meinungen jedoch noch nicht beendet ist. Außerdem rechnet man auf einen baldigen Wechsel im Verkehrsministerium und im Postministerium, deren Leiter sich in letzter Zeit mehrfach das Mißfallen einflussreicher Parteien zuzuziehen haben.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag.

Der Reichsrat nahm den Gefegensvertrag über den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, der am 3. Dezember 1921 in Bern abgeschlossen worden ist, an. Es handelt sich hier um den ersten Vertrag, den Deutschland mit einem andern Staat eingegangen ist, mit dem Ziel, alle entstehenden Streitigkeiten einer gewaltsamen Lösung zu entziehen und auf friedlichem Wege im Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahren zu schlichten. Der Vertrag ist zunächst auf zehn Jahre abgeschlossen.

Das Ende der freiwilligen Kreditaktionen.

Durch die von der Mehrheit des Reichstages bewilligte Zwangsanleihe ist das Angebot der deutschen Industrie, das auf eine freiwillige Kreditaktion zur Tilgung der Reparationslasten hinauslief, hinfällig geworden. Die maßgebenden Kreise des Reichverbandes der deutschen Industrie sind der Auffassung, daß durch die Zwangsanleihe die Industrie derartig angespannt wird, daß sie überhaupt kein eigenes Angebot mehr aufrechterhalten kann. Auch die deutsche Landwirtschaft hat sich dahin entschieden, keine freiwilligen Leistungen an das Reich mehr zu machen.

Zwei Vertretungen des Vatikan in Deutschland.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ teilt mit, daß Kunjus Pacelli in München nach Abschluß der Konkordatsverhandlungen der Vertreter des Papstes bei der Reichsregierung werden wird. Papst Benedikt hat bereits vor einem Monat dies verfügt und auch den Nachfolger des Kunjus Pacelli bei der päpstlichen Nuntiatur in München bestimmt. Dieser Nachfolger ist der gegenwärtige Kunjus in Rio de Janeiro und heißt Pasallo di Torre Criffa.

Das amtliche Resultat der Braunschweiger Wahlen.

Die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses der Landtagswahl im Lande Braunschweig hat folgende Endzahlen ergeben: Landtagswahlverband 101 004, Demokraten 28 446, Mehrheitssozialisten 82 640, Unabhängige 73 404, Kommunisten 10 518, ungfällig 494 Stimmen. Es erhalten demnach Sitze: Landtagswahlverband 23, Demokraten 6, Mehrheitssozialisten 12, Unabhängige 17, Kommunisten 2. Es bleibt also dabei, daß 29 Wählerstimmen 31 Sozialisten gegenüberstehen.

Quertreibereien der rheinischen Sonderbündler.

Die „Rheinische Republik“ des Herrn Smeets behauptet unter der Überschrift: „Strategische Bahnen im Rheinland“ u. a., die noch nicht abgeschlossenen Bahnbauten Hamburg—Geldern und Oerath—Holzheim—Biblar—Bernau dienen nicht wirtschaftlichen, sondern strategischen Interessen. Es sei klar, daß die Anlagen einem Revanchekrieg sehr günstig seien. Die Finanzen müßten dabei natürlich ruiniert werden. Dazu schreibt die kölnische Zeitung: Diese Leute um Smeets müßten dringend notwendige, seit Jahren geforderte Bahnbauten unterbinden. Bei der Bahnlinie Hamburg—Geldern wurde mit dem Bau schon längst vor dem Kriege